

HAUSHALTSREDE BÜRGERMEISTER ANDREAS BRAND

Einbringung, Beratung und Beschlußfassung über den Haushalt des Jahres 2004 - das steht als Tagesordnungspunkt an. Nachdem wir vor 14 Tagen öffentlich die Eckdaten und Inhalte des Haushaltes und der Eigenbetriebe vorberaten haben, kann ich vollinhaltlich darauf verweisen und versuche, Wiederholungen zu vermeiden.

Während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes sind Einwendungen von Herrn Heinz Ruckaberle eingegangen, diese sind bei der Abstimmung aufzurufen und zu behandeln.

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Wie schaut diese Wirklichkeit in unserer Gemeinde im nächsten Jahr aus?

Zu den Eigenbetrieben:

Ich beginne ausnahmsweise mit den Eigenbetrieben. Mit **mutigen und kraftvollen, mit unterstützenden Schritten haben Sie die Finanzlage unserer Eigenbetriebe wieder aufs richtige Gleis geleitet.** Die Eigenbetriebe werden nach Jahren der Investitionen und der seit 01.01.2003 beschlossenen Gebührenerhöhungen wieder Fahrt bekommen. 2004 ist von einem deutlichen Rückgang bei den Investitionen gekennzeichnet bei einem gleichzeitigen weiteren Abbau der Verschuldung. Die Finanzplanung sieht keine neuen Massnahmen vor, die Substanzerhaltung steht im Vordergrund. Die Konsolidierung der Eigenbetriebe ist das oberste Ziel der nächsten Jahre.

Zum Gemeindehaushalt:

Finanzlage extern verursacht

Das Jahr 2004 ist durch katastrophale Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Erstmals erwirtschaftet der Verwaltungshaushalt keine positive Zuführungsrate mehr. Mit einer umgekehrten Zuführung von rund 745.000 € leben wir von der geschaffenen Substanz. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt nicht in der Kurzsichtigkeit des Handelns von Gemeinderat und Bürgermeister. Nicht weil Weil investiert, in Schulen und Hallen, ist die Finanzlage so, sondern die Ursachen sind nicht hausgemacht und fremdverschuldet.

Steigende Umlagen an Landkreis und Region

Die uns strangulierende Umlagen und Leistungsgesetze sind ursächlich. Allein die steigende Kreisumlage macht rund 500.000 € aus, der Verband Region Stuttgart zieht uns dauerhaft immer mehr Geld aus den Taschen und der rückläufige Finanzausgleich macht weitere fehlende 500.000 € aus. Die steigende Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommenssteuer kompensiert dies ebenso wenig, wie die schmerzvollen und auch mutigen Einschnitte in laufende Ausgaben. Wären diese externe Einflüsse nicht, die keiner von uns zu verantworten hat, hätten wir eine Zuführungsrate von rund 285.000 € plus. Diese dramatische Entwicklung zeigt klar auf, dass ohne grundlegende Aufgabenkritik, der Frage, was eine Gemeinde als Aufgaben zu erfüllen hat oder nicht, die Finanzkrise nicht zu meistern ist. Wir können auch keine Julüstürme mehr aufbrauchen, wir können keine

eierlegenden Kaninchen aus dem Hut zaubern, keine positive Überraschung bei den Einnahmen bieten, der Haushalt ist ausgereizt, von Gestaltung ist nicht mehr die Rede.

Kein Gestaltungsspielraum mehr

Die Haushaltsberatungen 2003 und die Haushaltsklausur im Mai 2003 zeigten es deutlich: Die strukturellen Veränderungen sind angegangen und in der Umsetzung. Alle Freiwilligkeitsleistungen und Angebote der Gemeinde wurden auf den Prüfstand gestellt. Gebühren und Beiträge erhöht. Die Ergebnisse kennen sie. Die Kürzungen im VWH bei den sächlichen Ausgaben, im Personalbereich und bei den Freiwilligkeitsleistungen haben das Maß überschritten, bei dem noch von politischer Gestaltung gesprochen werden kann. Die fremdbestimmten Ausgabensteigerungen und Einnahmehausfälle auszugleichen ist nicht möglich. Die angesparte Rücklage schmilzt bis auf dem Mindestbestand ab.

Keine neuen Vorhaben

Das Jahr 2004 und auch die Folgejahre werden von äußerster Ausgabedisziplin bestimmt sein, nicht Neues mehr, nicht, was den Haushalt zusätzlich belastet, nichts, was wir als notwendig und wünschenswert erachten. Sie finden daher im Haushalt keinen Straßenbau, keine Mittel für eine Bebauung Kaufhaus Wörn-Gelände, keine Mittel für ein Bürgerhaus, keine Renovierung der Grundschule Weil, keine Planungsansätze für einen Kreisverkehr Toppel/Gewerbegebiet usw. Sie finden auch keine Mittel für die Erweiterung des Neuweiler Friedhofes, was ich der Sache und der Menschen willen gerne gewollt hätte und unverändert für richtig halte. Wir haben und werden uns Selbstdisziplin auferlegen müssen.

Forderungen an die Politik in Berlin und Stuttgart

Als Gemeinde hoffen und setzen wir auf die Einsicht der großen Politik in Stuttgart und Berlin. „Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Morgen wird im Vermittlungsausschuss über 6000 Seiten Gesetze beraten. Ich hoffe und wünsche, dass bei den Themen Gemeindefinanzreform und Gewerbesteuer für die Gemeinden vernünftige Ergebnisse herauskommen. Ich zweifle aber ernsthaft dran, weil von den Städten und Gemeinden niemand am Verhandlungstisch sitzt und die Kommunen deshalb die Leidtragenden sein werden.

Fertigstellung der laufenden Bauvorhaben

Die großen drei Bauvorhaben Sporthalle, Schule Weil und Schule/Halle Breitenstein werden im Jahr 2004 abgeschlossen und schlussfinanziert. Diese Einrichtungen sind weniger ein quantitativer Sprung als vielmehr ein Qualitätssprung für die Menschen unserer Gemeinde. 7,5 Mio € investieren wir in diese Projekte, es ist gut angelegtes Geld. Es ist aber augenscheinlicher, sichtbarer Beweis, dass uns die Lebensqualität, die Infrastruktur in der Gemeinde und ihren Ortsteilen Neuweiler und Breitenstein wichtig ist. Sie wird mit Leben erfüllt, es wird investiert, den Entscheidungen folgten Beschlüsse; konkretes Handeln und Tun ist mir wichtiger als die Symbolik, die man der Frage der Sitzanzahl beimessen tut.

Beim Projekt Sporthalle ist die Frage einer Bezuschussung durch den Württembergischen Landessportbund ebenso noch offen, wie die noch ungeklärte Frage der Vorsteueroption. Wir werden dies im Nachtrag 2004, einschließlich der Folgekosten, darstellen.

Von daher versteht es sich von selbst, dass Sie im Vermögenshaushalt fast keine anderen nennenswerten Projekte finden. Zwei Ausnahmen: Mit der **Sanierung des Daches des Breitensteiner Kindergartens** mit ca. 32.000 € schließen wir die Sanierung unserer Gemeindekindergärten ab.

Sanierung wird fortgesetzt – Seegärten und Ortskern II

Trotz schwieriger Zeiten: Die Sanierung geht im östlichen Ortskern und in den Seegärten weiter. Wir sind unserem Ziel näher gekommen, die Wohn- und Lebensqualität im Ortskern zu stärken. Ich wünsche mir, daß diese Zeichen von privater Seite aufgenommen werden, daß dieses Tun der Gemeinde auch als Zeichen für Handel, Gewerbe und Handwerk im Ortskern verstanden wird. Die Zuschüsse vom Land Baden-Württemberg machen vieles leichter, Mein ausdrücklicher Dank gilt allen Partnern bei den Staatlichen Behörden, die stets aufgeschlossen und mehr als hilfsbereit waren.

Pflegeheim „Haus St.Martin“ kommt

Im Haushalt taucht es zwar nicht auf, aber es wird kommen. Unser Pflegeheim „Haus St.Martin“, gebaut und finanziert von der Stiftung Liebenau, betrieben von deren Tochtergesellschaft, der St.Anna-Hilfe, es wird aus heutiger Sicht im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen. Rund 6,5 Mio € wird die Stiftung investieren, 60 Pflegeheimplätze und 9 Altenwohnungen entstehen. Unser Engagement beschränkt sich auf das Grundstück und die Wegeverbindung zwischen Seestraße und Hauptstraße, fürwahr eine gute Form der Finanzierung.

Photovoltaikanlage wird kommen

Nicht im Haushalt enthalten, da außerhalb des Haushaltes finanziert, wird nach der Beschlusslage im Gemeinderat im Jahr 2004 die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Gemeindehalle geplant sein. Durch gesetzliche Änderungen steigt die Einspeisevergütung und wir kommen in den rentierlichen Bereich. Die Massnahme wird sich rechnen, wir bereiten technisch die Dinge vor und werden es zur 1.Sitzungsrunde im neuen Jahr zur Beschlussfassung stellen.

Steigender Schuldenstand

Der Schuldenstand wird Ende 2004 auf 5.402.757 € ansteigen, Ende 2005 bei 5.930.757 € liegen. Damit sind wir ca. wieder auf dem Stand von 1997. Diese Schulden sind zwar eine Last, aber auch eine Herausforderung zu weiterhin solidem und bodenständigem Wirtschaften.

Ich bin überzeugt, daß wir die Zeichen der Zeit – auch mehr und mehr die Menschen in unserer Gemeinde – erkennen und die Zustände nicht schöngeredet haben

wollen. Wenn wir jetzt investieren, dann tun wir das als Investition in die Zukunft. Wir leben nicht nach dem Prinzip Hoffnung.

Keine Steuererhöhungen geplant, obwohl viele Gründe dafür sprechen !

Angesichts der katastrophalen Einnahmesituation liegt eine Erhöhung der Realsteuern Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer nahe. Es gäbe viele gute Gründe dafür:

- Mehreinnahmen in beträchtlicher Höhe, was unmittelbar die Darlehensaufnahme reduzieren würde
- In der Vergangenheit wurde die Gewerbesteuer mehr und mehr verstümmelt. Durch die permanente Anhebung der Freibeträge zahlen immer weniger Betriebe, v.a. Klein- und Mittelbetriebe, Handwerker, Einzelhändler, überhaupt noch Gewerbesteuer.
- Mit der letzten Steuerreform wurden die Gemeinden erneut bei der Gewerbesteuer gestraft. Durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuerschuld sank die zu zahlende Einkommenssteuer der Unternehmen weiterhin ab, der Gemeindenanteil ebenso.
- Durch die Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer wurden systematisch der richtige Schritt gemacht. Vermögens zu besteuern, auch wenn keine Gewinne da sind, ist unlogisch. Der Umkehrschluß ist aber, dass nur der erfolgreiche, der rentable Betrieb überhaupt Gewerbesteuer zahlt und zahlen kann. Die Gewerbesteuer ist daher eine Erfolgssteuer und wer Erfolg hat braucht diese Steuer nicht zu fürchten.
- Die Grundsteuer würde allgemein und pauschal alle Grundbesitzenden treffen.

Weshalb wir es nicht vorschlagen liegt nach intensiver Abwägung auf der Hand:

- Unsere Finanzplanung ging von gleichbleibenden Steuerhebesätzen aus, obwohl sich die Finanzlage zwischenzeitlich drastisch verschlechtert hat.
- Ich unterliege nicht der Versuchung einer Erhöhung, die ein sehr einfacher Schritt wäre.
- Wir haben in Kenntnis der finanziellen Entwicklung 2003 ff. die Investitionsentscheidungen getroffen.
- Die jetzt vorliegenden Zahlen waren uns dem Grunde und der Höhe nach bekannt. Wir müssen diese Durststrecke mit Selbstbeschränkung und Disziplin durchgehen.

Zusammenfassende Bewertung

Der Haushalt 2004 verwirklicht auf gerade noch vertretbarer Basis lange gehegte Wünsche und Notwendigkeiten. Er ist aber nicht frei von Risiken und Nebenwirkungen. Die Grundstückserlöse, die Steuereinnahmen, alles sehr, sehr sorgfältig geschätzt und gerechnet. Diese Risiken und Nebenwirkungen, die für 2004 und die Folgejahre so gering als möglich zu halten, so verträglich als möglich zu gestalten und so klar und bestimmt als notwendig unserer Einwohnerschaft zu vermitteln, das wird unsere wahre Kunst und Herausforderung sein. Deutlich zu machen, daß nicht die Zeit des Forderns, sondern die Zeit konstruktiver, kreativer und sparsamer Vorschläge gekommen ist. Der Gemeinschaftssinn wieder entdeckt werden muß, um das zu leisten, was die Gemeinde nicht mehr leisten kann.

Ich wünsche mir, daß wir mit diesem Haushalt und der heutigen Beratung die gemeinsamen Ziele und Vorhaben rasch und miteinander auf den Weg bringen. Manchmal hilft das Buch der Bücher, die Bibel, weiter.

Jesus Sirach, Kapitel 11, Vers 26

**„ Wenn dir's wohl geht, so gedenke, dass dir's wieder übel gehen kann;
wenn dir's übel geht, so gedenke, dass dir's wieder wohl gehen kann!“**

In diesem Bewusstsein wünsche ich der heutigen Beratung und Beschlussfassung ich einen guten Verlauf.“

HAUSHALTSREDE GEMEINDERÄTIN BRIGITTE SCHICK FÜR DIE CDU-FRAKTION

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Unsere schlimmsten Befürchtungen für das Haushaltsjahr 2004 sind eingetroffen. Man könnte mit unserem ehemaligen Fraktionskollegen Erich Hartmann sagen:

Sind die Taschen leer, geht gar nichts mehr!

Der finanzielle Spielraum ist uns abhanden gekommen: wir können nicht mehr aus eigener Kraft verwalten, für neue Investitionen ist kein Spielraum vorhanden, Kredite müssen aufgenommen werden.

So sieht das Szenario für 2004 aus: mit einem Wort ausgedrückt: trostlos.

Trösten mag uns, dass unsere Gemeinde nicht die einzige im Bundesgebiet ist, die eine negative Zuführungsrate erwirtschaftet. Rund 70 % der Städte und Gemeinden stehen vor ähnlichen Problemen wie wir. Im Kreis BB und der Region Stuttgart sieht es nicht besser aus. Für die nachteilige Entwicklung ist die Gemeinde nicht alleine verantwortlich. Die Rahmenbedingungen stimmen schon lange nicht mehr.

Die spürbaren Folgen dieser vor allem von der Bundesregierung zu verantwortenden Misere sind massive Einschnitte in die Lebensfähigkeit der Städte und Gemeinden.

Die Folgen sind auf Gemeindeebene:

Investitionsstopp in Städten und Gemeinden

Fortschreitender Verfall der Infrastruktur

Schließung von Einrichtungen

Entlassung von Personal

Streichung der freiwilligen Leistungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich

Eingeschränkte Handlungsspielräume

Diese sind die Kernsätze des Berliner Appells der deutschen Städte und Gemeinden vom 24. September 2003 an die Bundesregierung. Bisher leider ohne Erfolg. Eine Änderung zeichnet sich nicht ab.

Massive Steuerausfälle auf allen Ebenen führen zu dieser katastrophalen Lage.

Die Konjunktur will nicht anziehen, auch wenn zur Zeit versucht wird, ein Wachstum herbeizureden. Der Hauptgrund für die lahrende Konjunktur und damit für die verheerenden Steuerausfälle ist die Tatsache, dass die Politik der Bundesregierung insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Steuerpolitik in keiner Weise mehr berechenbar und von Fehlentscheidungen geprägt ist.

Die Sachverständigen haben unlängst zu Recht von einem Steuerchaos gesprochen. Die Wirtschaft aber auch die privaten Haushalte haben das Vertrauen in die Bundesregierung verloren! Man muss sich dann nicht wundern, wenn Investitionen zurückgehalten werden und die Binnenkonjunktur nach wie vor lahmt.

Lassen Sie mich wieder auf den Gemeindehaushalt zurückkommen.

Der Haushalt 2004 der Gemeinde Weil im Schönbuch wird zunehmend fremdbestimmt:

Die Einnahmen im Verwaltungshaushalt brechen dramatisch ein: Finanzausweisungen plus Mehrausgaben bei der Kreisumlage und Regionalumlage ergeben saldiert eine Mehrbelastung von ca. 1 Million €.

Der Verwaltungshaushalt kann die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate von 385 000€ nicht erwirtschaften.

Der Vermögenshaushalt muss dem Verwaltungshaushalt 743 550.- € zuführen. Dieser Betrag muss als Kredit aufgenommen werden.

Durch den Bau unserer Großprojekte Sporthalle, Schule und Schule/Halle Breitenstein sind unsere Mittel langfristig gebunden. Viele andere Projekte müssen deshalb zurückgestellt werden.

Der Gesetzgeber sieht eine Erhöhung der Einnahmenseite vor Kreditaufnahme vor. Deshalb muss sorgfältig geprüft werden, ob wir dieser Pflicht genüge getan haben. Wir haben die Gebühren für das Bestattungswesen auf die möglichste Kostendeckung angehoben, die Kindergartengebühren sind an die Landesrichtsätze angeglichen worden, viele andere Gebühren wurden erhöht und für die Büchereien werden Gebühren erhoben.

Das hat unsere Einnahmesituation geringfügig erhöht; aber bei weitem nicht ausreichend.

Die Grundsteuer B wollen wir aus verschiedenen Gründen nicht anheben: Eine Anhebung würde sich negativ auf Mieten und Mieter auswirken. Wir wollen die Wirtschaftskraft unserer Bürger durch Anheben der Grundsteuer B nicht noch weiter einschränken. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würden wir für ein falsches Signal halten.

Erfreulich ist, dass der Haushalt 2004 keinen Verlust mehr aus den Eigenbetrieben Wasser, Kläranlagen und Kanäle abdecken muss. Die Gebühren für Wasser und Abwasser sind offenbar auskömmlich.

Somit kann unserer Ansicht nach die Einnahmenseite nicht weiter erhöht werden. Einsparungen durch Kürzungen der Leistungen im sozialen Bereich wurden erreicht. Die Vereinsförderung und die sächlichen Ausgaben in der Verwaltung wurden um insgesamt 10 %, 7,5 % im Nachtrag 2003 und im uns vorliegenden Haushalt 2004 um nochmals 2,5 %, gekürzt.

Unsere Bürger spüren, dass es ihrer Gemeinde finanziell schlechter geht.

Freiwilligkeitsleistungen, auch sinnvolle wie für Umwelt und Naturschutz, können wir momentan nicht mehr erbringen. Deshalb beantragen wir, dass unsere Zuschüsse für Solaranlagen, Zisternenanlagenbau, Entsiegelungen und Bienenzucht solange ausgesetzt werden bis wir dies finanziell wieder leisten können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es nicht auch vom Landkreis, Land- oder Bund Programme einer Förderung gibt.

Doppelstrukturen sollen vermieden werden! Immerhin bedeutet die Streichung für 2004 eine um 10 450.- € geringere Kreditaufnahme.

Ebenfalls können wir im nächsten Jahr den Zuschuss zur Kirchturmsanierung von 8000.-€ nicht zusagen. Wenn die Sanierung bei der Kirche im kommenden Jahr ansteht, können wir unseren Beitrag erst in den darauffolgenden Jahren 2005 – 2008 mit jeweils 2000.-€ erbringen.

Auch wir müssen Zuschussleistungen des Landes vorfinanzieren und wir denken, dass dies auch für die Kirche zumutbar ist.

Wir möchten den Vorschlag von Kollegin Himmelein aufnehmen und erweitern und beantragen, dass die Verwaltung untersuchen möge, wie die Reinigung und Wartung in öffentlichen Gebäuden optimiert bzw. kostengünstiger gestaltet werden kann. Wir bitten um eine Beratung bzw. einen Bericht im Frühjahr 2004 im SFA.

Eine weitere Verbesserung unserer Kassenlage aus eigener Kraft kommt wohl nur in Betracht, wenn wir 2004 ein kleineres Baugebiet umlegen und erschließen, wohlwissend, dass wir in Konkurrenz zu den Nachbargemeinden stehen. Allerdings müssen wir uns bewusst sein, dass die Baugrundstücke nicht unendlich verfügbar sind. Auch das Tafelsilber geht zu Ende.

Die Region Stuttgart ist die einzige, die in den kommenden Jahren noch Bevölkerungszuwachs bekommen wird. Laut Prognose wird die Region mittelfristig von 2,6 auf 2,8 Millionen anwachsen. Im Herbst des Jahres 2004 wird mit dem Baubeginn der Messe am Flughafen gerechnet. Dies wird, wie uns GR der Geschäftsführer der Messe, Herr Bauer, erläutert hat, einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Schub für den Schönbuch geben. Deshalb wäre es gut für die kommende Nachfrage gerüstet zu sein. Kassenwirksam würde der Verkauf allerdings erst für die Haushaltsjahre 2005/2006.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine Gemeindeverbindungsstraße Lachental-Sol sinnvoll und notwendig ist. Der richtige Zeitpunkt für die Planung und damit Freihaltung der Trasse ist durch die Erweiterungsplanung des Gewerbegebietes Sol jetzt da. Die Überlegung muss in die Verbandsarbeit konkret eingebracht werden. Wir werden in unseren Bemühungen nach Verwirklichung nicht nachlassen.

Ein Thema möchte ich hier noch ansprechen, das mich in der letzten Zeit als Kreisrätin sehr bewegt und als Ortsvorsteherin fordert. Für viele Bürger und vor allem Eltern unbemerkt, aber sehr wohl als einstimmiger Beschluss im Kreistag vor den Sommerferien verabschiedet, wird ab dem 1.1.2004 für alle Schüler der Fahrbeitrag von 28,40 € erhoben. Bis jetzt müssen für die Grundschüler und die Schüler der Förderschulen keine Anteile bezahlt werden. Betroffen sind durch die Neuregelung auch die 54 Grundschüler der Klassen 3 und 4 aus Breitenstein und Neuweiler. Nach dem Zuschicken der Bescheide haben sich die Eltern der Dritt- und Viertklässler der beiden Ortsteile an die politisch Verantwortlichen gewandt. Man muss wissen, dass die Verwaltungen der Landkreise im VVS in der Region eine einheitliche Regelung mit gleichen Preisen für alle Schüler ausgehandelt haben. Als Bonbon bekommen alle Erwerber eines Tickets das sogenannte „schoolabo“ dazu. Mit dem „schoolabo“ können die Schüler das ganze Gebiet des VVS befahren. Nun wollen die Eltern der Grundschüler aus den Teilorten verständlicherweise zum einen auf keinen Fall, dass ihre 8-10jährigen Kinder im Gebiet des ganzen VVS herumfahren, zum anderen sind sie der Meinung, dass es nicht rechtens sein kann, dass ihre Kinder, die keine Möglichkeit haben die Grundschule am Wohnort zu besuchen, für die Fahrt zur Kasse gebeten werden. Bei der Eingemeindung war das kein Thema, da damals das Land die Schülerbeförderungskosten alleine getragen hat. Mittlerweile hat sich das Land immer weiter aus dieser Aufgabe ausgeklinkt und gibt nur noch einen Anteil an die jeweiligen Landkreise. Die Diskussion in den Kreistagen der Region Stuttgart wird nun wieder neu geführt. Die Kreisräte waren in

der letzten Sitzung des SVA mehrheitlich der Meinung, dass die Gemeinden für die zu erbringenden Anteile der Grundschüler aufkommen sollen. Die Entscheidung wird erst am 15.12.2003 fallen. Ob es für uns haushaltsrelevant werden könnte, müssen wir dann entscheiden.

Abschließend muss ich noch etwas zum Verband Region Stuttgart sagen dürfen. Ich teile die Ansicht und die Befürchtungen einiger Landräte und Bürgermeister nicht: sie unterstellen, dass die Region aus Machtgier und Aufgabenhunger immer mehr Aufgaben an sich reiße und dabei keine Rücksicht auf die schlechten Finanzen der Städte und Gemeinden nehmen würde. Es wird, aus welchen Gründen auch immer, von einigen wenigen Akteuren, im besonderen in den Landkreisen BB und LU versucht, die Arbeit der Region zu verunglimpfen. Ich wehere mich persönlich als Mitglied der Regionalversammlung gegen diese schlechte Kampagne. Wir sind uns der Umlagefinanzierung wohl bewusst und handeln danach. Die Messefinanzierung, die erstmals im Haushalt 2004 zum Tragen kommt, wurde 1997 einstimmig von allen Städten und Gemeinden so beschlossen. Wenn im Gremium Informationsbedarf bestehen sollte, bin ich gerne bereit, zu einem anderen Zeitpunkt aus der Region zu berichten.

Der Haushalt 2004 ist getragen von der Hoffnung, dass sich die Grundstücksverkäufe realisieren lassen und die Vorsteueroption im Haushalt von 700.000.-€ vom Finanzamt Böblingen anerkannt wird.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Bürgermeister, sowie unserem Kämmerer Eberhard Brodbeck und allen Amtsleitern und Mitarbeitern der Verwaltung sehr herzlich für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung, sowie der Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe, danken.

Man muss das Beste hoffen, das Schlimmste kommt von selbst!

Die CDU-Gemeinderäte werden dem Haushalt 2004 zustimmen, vorbehaltlich der positiven Abstimmung unserer Anträge.

Anträge der CDU – Gemeinderatsfraktion zum Haushalt 2004

1. Der GR möge beschließen, die Förderung für Solaranlagen, Zisternenanlagenbau, Entsiegelung und Bienenzucht zunächst für die nächsten zwei Jahre auszusetzen.
2. Der Zuschuss an die Kirche zur Kirchturmsanierung soll über die Jahre verteilt in Teilbeträgen ausgezahlt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Optimierung der Reinigungsarbeiten in den öffentlichen Gebäuden zu erarbeiten.

HAUSHALTSREDE GEMEINDERAT WOLFGANG BRENNENSTUHL FÜR DIE WAB-FRAKTION

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan für das Jahr 2004 **entspricht nicht den gesetzlichen Mindestvorschriften**. Danach muss im Verwaltungshaushalt soviel erwirtschaftet werden, also von den Einnahmen übrigbleiben, dass die ordentliche Tilgung von Krediten finanziert werden kann. Schon in diesem Jahr haben wir einen **Fehlbetrag von 15.200,- €**. Der Fehlbetrag für 2004 ist nach dem vorgelegten HH-Plan in einer Höhe von **743.550,- €**.

Das ist ein **Alarmsignal**. Wir leben also schon im zweiten Jahr von der Substanz. Nun muss man sehen, dass die allgemeine Wirtschaftslage schlecht ist.

Aber nicht alles wird von außen bestimmt. Manches ist hausgemacht. Darauf werde ich später noch eingehen.

Ein großes Problem ist die enorm **steigende Kreisumlage** und die **Umlage an die Region Stuttgart**. Wir sind der Meinung, dass sich die Vertreter der Gemeinden im Kreistag und

im Regionalparlament mehr für die Belange ihrer Gemeinden einsetzen müssten.

Uns ist nicht bekannt, dass sich von diesen Vertretern ernstlich jemand gegen diese enormen Erhöhungen der Umlagen ausgesprochen hat.

Zum **Verwaltungshaushalt** haben wir folgende Anmerkungen:

Die Personalkosten in Höhe von **50.000,- €** für das Jugendreferat könnten eingespart werden.

Da sind wirklich keine großen positiven Auswirkungen in der Gemeinde zu erkennen. Eine gute Förderung der Jugend über die Vereine bringt da mehr.

Viele der Ausgaben, die immer wieder vorkommen, könnten eingespart werden, wenn man sich selbst mit der Sache intensiver beschäftigt. Zum Beispiel das Gutachten für die Erweiterung der Schulen war rausgeschmissenes Geld. Jeder der sich mit der Sache beschäftigt hat, hat die Notwendigkeit der Schulerweiterungen erkannt. Die 10.000,- DM hätte man damals einsparen können.

Verschiedene Zuschüsse die schon routinemäßig vergeben werden, müssen angesichts der schlechten finanziellen Lage für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden. Das ist ein extra Zuschuss an den **BUND** in Höhe von **1.200,- €** und ein Zuschuss für die **Partnerschaft von Neuweiler mit Hennersdorf** in Höhe von **1.300,-€**. Ebenso ist es mit dem Zuschuss an den Verein „**Breitenstein hilft Medininkai**“ in Höhe von **400,-€**.

Zusammen sind das **52.900,-€**, die im Verwaltungshaushalt gestrichen werden könnten.

Wir beantragen, diese geplanten Ausgaben für das Jahr 2004 zu streichen.

Die beabsichtigten Zuschüsse für Solaranlagen und Zisternen, sowie die Errichtung einer Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Gemeindehalle, sollte solange zurückgestellt werden, bis die Gemeinde wieder finanziell besser da steht.

Hier muss die finanzielle Leistungskraft der Gemeinde vernünftigerweise im Vordergrund stehen.

Und jetzt ein Wort zu dem sehr hohen Wasserpreis in unserer Gemeinde.

Seit Anfang 2003 zahlen die Bürger bei uns für das Wasser und Abwasser **5,19 €** (10,15 DM), pro Kubikmeter. Eine der Ursachen dafür sind die hohen Darlehenszinsen und auch das sogenannte „Innere Darlehen“, welches jetzt im Abwasserbereich zu Buche schlägt. Diese Darlehen müssen abgebaut werden.

Um hier einen besseren Überblick zu bekommen müssen in den Haushaltsplänen der Eigenbetriebe, Wasser, Kanäle und Klärwerk die KAG Beiträge (Anschlussgebühren), also die Einnahmen der Beiträge aufgeführt werden. Durch die Baulanderschließungen sind das sehr hohe Summen, die in diese Eigenbetriebe geflossen sein müssten und noch fließen.

Wir verlangen dass hier Klarheit geschaffen wird.

Zu dem **Vermögenshaushalt** ist aus unserer Sicht folgendes zu sagen:

Hier wird an manchen Stellen unnötig viel Geld ausgegeben. Ein Beispiel ist die Entsiegelung des Schulhofs an der Grund und Hauptschule. Da wurde aus ideologischen Gründen ein intakter Schulhof samt Verkehrsübungsplatz kaputt gemacht.

Wichtige Geldeinnahme -Möglichkeiten wurden abgelehnt.

So der WAB Antrag zur Baulandumlegung des Gebiets Troppel -West, welches im Flächennutzungsplan als Wohnbauland ausgewiesen ist. Wäre Troppel –West, wie von uns beantragt, erschlossen worden, dann hätte die Gemeinde in 2004 Einnahmen in Höhe von ca. **1 Mio. €**, welche die Kosten für den Anbau an der GHS in Weil decken würden. **Eine Darlehensaufnahme in der Höhe von 936.000,- € wäre dann nicht notwendig.** Leider ist es so, wenn die WAB Fraktion einen Antrag einbringt, dann prüft der

Bürgermeister zuerst, ob auch ein Viertel der Gemeinderäte diesen Antrag unterschrieben hat.

Beim **Sporthallenbau** wurde die teuerste Lösung beschlossen. Eine Lösung mit einer freistehenden Sporthalle wäre, so wie das die WAB vorgeschlagen hat, wesentlich günstiger gewesen und hätte den Zweck ebenso erfüllt und das Sportgelände bei der Schule wäre nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Das sind nur einige Hinweise, dass bei uns nicht sorgfältig genug mit dem Geld der Gemeinde umgegangen wird.

Der Verkauf der **Bauplätze vom „alten Bauhofgelände“**, der für 2004 eingeplant ist, wird eine sehr unsichere Sache. Hier dürfen von der Verwaltung und dem Gemeinderat keine markthemmenden Auflagen festgelegt werden.

Zum Schluss auch noch die Erinnerung an Unterhaltungs- und auch einer Verbesserungsmaßnahme, welche schon vor längerer Zeit von der WAB beantragt, aber noch nicht erledigt wurde. In **der Seestraße**, in dem neu ausgebauten Teil, gibt es täglich Verkehrsprobleme durch parkende Autos. Dort müssen unbedingt **„Parkfenster“** mit Abständen zum Ausweichen beim Begegnungsverkehr, auf der Straße aufgezeichnet werden.

Die Rötestäffele südlich der Schule sind in einem sehr schlechten Zustand. Wir haben schon mehrere Male daraufhingewiesen , dass dies in Ordnung gebracht wird. Geschehen ist nichts!

Am **Bahnhofswegle**, dem Fußweg von Breitenstein nach Weil, ist schon sehr lange der Asphaltbelag an mehreren Stellen stark beschädigt. Auch da muss etwas getan werden.

Auch der Weg in der Verlängerung der Wengertstraße in Breitenstein ist in einem sehr schlechten Zustand. Da sind an mehreren Stellen starke Absenkungen, die dringend beseitigt werden müssen, ehe noch größerer Schaden entsteht.

Außerdem sollte in Neuweiler die Fußwegverbindung zum Friedhof Hägnach so bald als möglich realisiert werden.

Zusammengefasst kommen wir zu dem Ergebnis, dass die WAB-Fraktion entsprechend der Ablehnung des Gebiets „Tropfel-West“ und den anderen aufgezeigten Problemen dem Haushaltsplan für 2004 nicht zustimmen kann.

HAUSHALTSREDE GEMEINDERAT REINER RUPP FÜR DIE UBW-FRAKTION

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Herr Bürgermeister, Mitarbeiter der Verwaltung,
Vertreter der Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gremium,

um eines vorweg zu nehmen, was derzeit heftig diskutiert wird : Wir stehen zu den Investitionsentscheidungen im Bezug auf den Sporthallen-Neubau und die Erweiterung der Schulen in Weil und Breitenstein. Diese Investitionen sind nur bedingt die Ursache für die derzeitige Haushaltslage. Die Frage lautet : Wie würde der Haushalt aussehen, wenn wir nicht investiert hätten ?

Im Verwaltungshaushalt hätten sich zunächst keine großen Änderungen ergeben - da die Folgekosten der Investitionen erst die nachfolgenden Haushalte belasten. Es hätten uns aber nach wie vor rund eine Million Euro gefehlt. Diese Lücke hätten wir nach wie vor aus dem Vermögenshaushalt gedeckt - und zwar dann mit einer Entnahme aus den Rücklagen. Dadurch hätten wir die Rücklage "vervespert" - und hätten weder die dringend benötigte Sporthalle gebaut, noch hätten wir die Pflichtaufgaben im Bereich Schule erfüllt, sondern diese Maßnahmen auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben und damit die Chance auf Nutzung niedriger Baukosten und niedriger Zinsen vertan. Ergebnis wäre, daß wir weder Sporthalle, noch Schulerweiterung in Weil, noch Schul- und Hallenerweiterung in Breitenstein, noch eine Rücklage hätten.

Was ist unser Hauptproblem :

Die Einnahme-Seite im Verwaltungshaushalt. Und die Situation ist dramatisch. Aufgrund der erhöhten Kreisumlage in Höhe von rd. 500.000 Euro und der verringerten Schlüsselzuweisung um den gleichen Betrag fehlt uns rd. 1 Million Euro auf der Einnahmeseite.

Damit kehrt sich die Zuführungsrate um und wir erzielen 2004 einen "operativen Verlust" von rd. 744.000 Euro, der über den Vermögenshaushalt in Form von Verkauf von Grundstücken und einer Darlehensaufnahme in Höhe von 936.000 Euro gedeckt werden soll.

Die Finanzierungslücke zur gesetzlichen Mindestzuführungsrate liegt für 2004 bei rund -1,1 Mio. Euro. In den Folgejahren liegt diese Lücke bei -1,2 Mio Euro in 2005 und bei -470.000 Euro in 2006.

Im Klartext heißt dies, daß mindestens in den kommenden 3 Jahren der laufende Betrieb der Gemeinde - einschließlich der Tilgungen - über die Aufnahme neuer Darlehen finanziert wird. Mit dem "Nachhaltigkeitsprinzip des Haushaltes" hat dies nichts zu tun.

Warum ist das gefährlich ?

Es ist eine Binsenweisheit, daß weder der Staat, noch Firmen, noch Privatleute die laufenden Kosten und die Tilgung laufender Darlehen über die Aufnahme neuer Darlehen finanzieren sollten. Gleiches gilt auch für die Gemeinde.

Gefährlich ist insbesondere, daß Verwaltung und Gemeinderat dem finanziellen Druck nachgeben könnten und zum Beispiel bereits getroffene, politische Entscheidungen zur Ansiedlung von Lebensmittel-Discountern revidieren und dadurch die Ansiedlung von Geschäften im Innerort erschweren, bzw. die bestehenden Strukturen schwächen. Ergebnis dieser Haushaltslage könnte sein, daß wir unsere Vorstellungen für eine qualitativ hochwertige Bebauung "Bauhof Seetal" aufgeben und einer "ökonomischeren" Bebauung das Wort reden. Ergebnis dieser Haushaltslage ist schon heute, daß Ausgaben im Bereich Kultur und Umwelt zusammengestrichen werden und keine Priorität mehr haben.

Ergebnis dieser Haushaltslage könnte sein, daß Dämme brechen und - anstatt nach Lösungen zu suchen - die Aufnahme neuer Darlehen zur bequemen Finanzierung des Verwaltungshaushaltes salonfähig wird.

Somit kann die finanzielle Lage die politische Willensbildung im Gremium ungewünscht diktieren. Dies macht uns sorgen. Eine Verharmlosung der Lage zur Gewinnung von politischen Argumenten halten wir für nicht angebracht.

Was kann man tun ?

Man könnte darauf hoffen, daß Bund und Land ein Einsehen mit den Kommunen haben und die Finanzausstattung der Gemeinden strukturell verbessern.

Man könnte auch - wie in den Vorberatungen angeklungen, hauptsächlich auf Einmaleffekte aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen bauen, um Finanzierungsmittel für den Haushalt zu finden. Dies hätte Auswirkungen auf die Einnahmeseite des Vermögenshaushaltes, die Ausgabeseite des Verwaltungshaushalt bliebe auf seinem seitherigen Kosten-Niveau.

Man könnte aber auch die Einnahmeseite des Verwaltungshaushaltes verbessern, indem Steuern, Abgaben und Gebühren im Gemeindegebiet erhöht werden.

Dies alles möchten wir nicht.

Wir wollen aber auch nicht die Hände in den Schoß legen und der Dinge harren, die da kommen und mit Darlehen "zwischenfinanzieren". Wir wollen auch nicht in das Gejammer einstimmen, daß die Rahmenbedingungen ursächlich für unsere Misere sind. Und wir wollen Steuer, Gebühren und Abgaben nicht erhöhen.

Der Blick auf den Verwaltungshaushalt zeigt, daß wir ein Einnahme-Problem haben, das wir nicht direkt beeinflussen können. Dies hat sich Mitte 2003 abgezeichnet und wir haben daraufhin verschiedene Kürzungen auf der Ausgabenseite beschlossen, u.a. bei den Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde, um die Kosten im Verwaltungshaushalt unter Kontrolle zu halten, bzw. zu senken.

Das Ausmaß unserer Bemühungen ist eher bescheiden :

Mit Blick auf die beschlossene 10%ige Reduzierung des Sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes müssen wir feststellen, daß der Plan-Ansatz 2004 nur unerheblich vom Plan-Ansatz 2003 abweicht. Eine 10%ige Kürzung auf Basis von 3,3 Mio Euro würde einen Ansatz für 2004 von 2,9 Mio Euro bedeuten. Im

vorliegenden Haushalt sehen wir nun 3'339 Mio Euro, eine Erhöhung um 1,5 Prozent
- anstatt der angestrebten Reduzierung.

Was will die UBW ?

Zugegeben, die Kostensenkungs-Vorschläge der Verwaltung im Mai 2003 erschöpfen sich in rd. 121.000 Euro möglicher Einsparungen, weil 70% der Sächlichen Ausgaben nicht disponibel sind.

Dennoch ergäbe sich auf Basis der bereits beschlossenen Kürzung des Sächlichen Betriebs- und Verwaltungsaufwandes um 120.000 Euro für 2004 eine Reduzierung des "operativen Verlustes" von 744.000 Euro auf 624.000 Euro. Natürlich wird die Verwaltung argumentieren, daß die Kostensenkungen bereits im Haushalt eingestellt sind - und nur deshalb nicht sichtbar werden, weil die Kostensenkungen durch Kostensteigerungen an anderer Stelle aufgeessen werden. Wir möchten die Reduzierung dennoch im Nachtrags-Haushalt 2004 sehen, umgesetzt wissen und bitten gleichzeitig, dies als **Antrag** zu verstehen.

Daher beantragen wir eine weitere Sitzung des Gemeinderates im ersten Halbjahr 2004, um kreativ nach weiteren Kostensenkungs-Maßnahmen zu suchen und zu beschließen, wie zum Beispiel :

- Einsparungen im Bereich Personal, indem auf freiwilliger Basis Teilzeit-Beschäftigung angeboten wird
- Weitere Einsparungen im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen
- Zusammenfassung der Nachmittagsbetreuung im Kindergarten auf wenige Standorte und damit Senken der Personalkosten oder Reduzierung der Öffnungszeiten
- weitere Einsparungen im Bereich Beleuchtung und Energie, die letzten Endes auch der Umwelt zugute kommen
- Schaffung von kurzen Wegen, um Arbeitsaufwand zu reduzieren, zum Beispiel durch die Einrichtung einer "Mängel-Meldung" auf der Internet-Seite der Gemeinde, die gezielt an den entsprechenden Mitarbeiter zur Bearbeitung und Beantwortung weitergeleitet werden kann
- mehr Eigenverantwortung bei der Reinigung der Sporthalle durch die Nutzer
- mehr Eigenverantwortung bei der Reinigung der Schule durch die Schüler gemeinsam mit den Lehrern
- mehr Eigenverantwortung bei der Schlüsselgewalt von gemeindeeigenen Gebäuden
- Vereinfachung in der Verwaltung (z. B. bei der Ermittlung der Zahlungen nach den Vereinsförderrichtlinien, Ermittlung der Zahlungen nach dem Sozial- und Familienpass auf Basis der Vorjahre, wenn das aktuelle Jahr nur aufwändig ermittelt werden kann, etc.)

Zwar hat die Verwaltung mehrfach daraufhingewiesen, daß weitere Einsparungen im Bereich Personal zu Einschränkungen beim Service für die Bürgerinnen und Bürger führen werden. Die Frage muss aber erlaubt sein, ob die Verwaltung wirklich alles bis ins letzte Detail regeln muss, oder ob man nicht auch bei Unterstellung von beiderseitigem guten Willen mit einer 90%igen Genauigkeit zurecht kommt. Dies vor allem weil bekanntermaßen die Erreichung der letzten 10% Genauigkeit zu überproportional höheren Kosten führt.

Als Beispiel könnte man hier die "Satzung über die Verpflichtung der Straßenanlieger zum Reinigen, Schneeräumen und Bestreuen der Gehwege" anführen. Dies war bereits in einer Polizeiverordnung geregelt, die offensichtlich nicht genau genug war und durch einen Mitarbeiter der Verwaltung überarbeitet werden musste.

Die aufgrund des Verzichts auf eine 100%ige Genauigkeit gewonnene Arbeitszeit sollte dann wieder ausreichen, um den Bürgerinnen und Bürgern den gewohnten Service zu bieten.

Wir von der UBW sind bereit, den entstehenden Unmut über weitere Einschränkungen mitzutragen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, wie wir zu weiteren Kostensenkungen kommen können - und auch die Strukturen der Verwaltung noch schlanker und noch schneller machen können - so wie wir den Gemeinderat mit dem Beschluß über die Reduzierung der Sitze schlanker gemacht haben. Wir hoffen, daß unser Antrag eine Mehrheit findet und wir im Gremium mit der Verwaltung an einem Strang ziehen werden, um kreativ nach weiteren Möglichkeiten zu suchen.

Auch wenn das Streben nach weiteren Einsparungen voraussichtlich nicht dadurch gekrönt sein wird, daß wir in 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, sollten wir alles daran setzen, den "Verlust" im Verwaltungshaushalt über Kostensenkungen zu reduzieren, damit wir zumindest einen Schritt in die richtige Richtung machen.

Heute hört man beim Thema Haushalt oft den Satz, daß man in diesen Zeiten "durch das Tal der Tränen gehen müsse". Angesichts des vorliegenden Haushaltes hat man eher den Eindruck, daß wir uns auf den Schultern künftiger Generationen durch eben dieses Tal tragen lassen - und zwar in einer möglichst luxuriösen Sänfte.

Die Haushaltslage ist dramatisch - lassen sie uns gemeinsam an einer nachhaltigen Verbesserung der Ausgangssituation im Verwaltungshaushalt arbeiten.

Dies Alles hört sich nach einem Streichkonzert an, das keinen Raum für politische Entscheidungen mehr lässt und sich nur noch am wirtschaftlich sinnvollen orientiert. Dem ist nicht so. Es gibt allerdings eine Verschiebung von Prioritäten, hin zu einem nachhaltigen Umgang mit allen Ressourcen :

Priorität hat für uns der Schutz der Umwelt. Es kann nicht richtig sein, daß wir die Verantwortung für Landschafts- und Umweltschutz-Aufgaben an die Bürger übertragen und die Gemeinde sich aus der Verantwortung nimmt. Es muß nach wie vor klar sein, daß der Landschafts- und Umweltschutz ein wichtiger Bestandteil unserer Gemeindepolitik ist. Die Förderung der alternativen Gewinnung von Energie, die Förderung von Zisternen zum Schutz des Grundwassers sind richtige und wichtige Signale an die Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Priorität hat für uns auch die Weiterentwicklung der Agenda 21. Das Engagement verantwortungsvoller Bürgerinnen und Bürger, die ihre Freizeit und ihr Wissen zum Wohl der Gemeinde einsetzen, darf nicht sterben.

Priorität hat für uns auch die Schaffung des kostenneutralen Angebotes zur Ganztagesbetreuung von Kindern in der Gemeinde. Wir sind sicher, daß das Angebot - wenn es erstmal eingerichtet ist - die erforderliche Nachfrage schafft.

Priorität hat für uns auch der Schutz der vorhandenen Infrastruktur bei den Kindergärten. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Entscheidung zum Erhalt des Kindergartens am Roten Berg.

Priorität hat für uns die Unterstützung der Vereine, die über die Vernetzung mit dem Jugendreferenten für ein attraktives und sinnvolles Freizeitangebot in der Gemeinde für Kinder und Jugendliche sorgen.

Zusammengefasst können wir dem vorliegenden Haushalt nur dann zustimmen, wenn, unser Antrag auf eine weitere Haushaltssitzung möglichst im Frühjahr 2004 eine Mehrheit findet.

HAUSHALTSREDE GEMEINDERAT ANDREAS HÜBNER-HECKER FÜR DIE FWV-FRAKTION

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brand, werte Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Vertreter der Presse,

nach ausgiebigen Vorberatungen im Mai und im November diesen Jahres liegt uns heute ein Entwurf zum Haushaltsplan vor, der im Gegensatz zu den Vorjahren, auf den ersten Blick dramatisch schlecht erscheint. Wir befinden uns immer noch in einem konjunkturell schwierigen Umfeld auch wenn uns Presse und Regierung einmal mehr glauben machen wollen, dass bald alles besser wird. Aber das hören wir ja auch schon ein paar Jahre. Immer die gleichen Sprüche: in ca. 6 Monaten ist der Aufschwung da !

Aber diesmal könnte es tatsächlich passieren da u.a. bedingt durch die positive Propaganda (ich bitte diesen Ausdruck zu verzeihen) unserer Regierenden in Berlin die Konsumlust zurückzukehren scheint. Diverse Frühindikatoren deuten ebenfalls auf eine Trendwende zum Besseren hin.

Ein großes Problem ist aber für uns alle, dass wir immer noch nicht wissen, was im nächsten Jahr aus Berlin auf uns zukommt. Was passiert mit der Gewerbesteuer ? In welchem Umfang und aus welchen Bemessungsgrundlagen erhalten Städte und Gemeinden zukünftig Ihr Geld ? Was passiert mit der Einkommensteuer ? Gibt es eine Reform und falls tatsächlich ja, welche ? Vielleicht wissen wir am 16. Dezember mehr. Aber vielleicht eben auch nicht.

Also alles in allem eine „tolle“ Grundlage für einen Haushaltsplan. Und gleichzeitig damit auch kein Grund für ein schlechtes Gewissen bei der Verabschiedung eines Haushaltsplanes der die Forderung nach einer Mindestzuführungsrate bei weitem nicht erfüllt.

Auf jeden Fall wissen wir, dass wir im nächsten Jahr noch einige Rechnungen aus dem Bau der neuen Sporthalle und den Schulbauten in Breitenstein und Weil im Schönbuch zu bezahlen haben. Und sicherlich werden wir dafür Darlehen aufnehmen müssen. Aber Zinsen sind ja derzeit niedrig und die Baukosten hätten auch noch höher sein können, da aufgrund der schlechten Baukonjunktur die Baufirmen immer noch sehr knapp kalkulierte Angebote machen.

Sicherlich hätten wir die genannten Großprojekte zeitlich etwas verschieben können oder auch bestimmt einiges an Geld sparen können, wenn wir nicht immer das Beste in Auftrag gegeben hätten. Aber die Beschlusslage ist ja bekannt und nicht mehr veränderbar. Und, keine Frage, wenn alles eingeweiht ist, haben wir in Weil und in den Teilorten tolle Sportstätten und ausreichend Schulräume für die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte.

Müssen wir aber jetzt uns den Jammerern anschließen oder können wir nicht sogar sagen wir gehen jetzt da durch, erfüllen eben ein paar Jahre nicht die Mindestzuführungsrate, verabschieden die nächsten 3-4 Jahre keine weiteren Großprojekte und haben dann ab 2006 wieder solide finanzierte Haushalte. Und das ohne weitere Mehrbelastungen für die Bürger und Unternehmen unserer Gemeinde

und auf lange Sicht auch ohne negative Folgewirkungen für zukünftige Generationen !

Wir sagen das geht. Wir müssen uns nur daran festhalten, dass in nächster Zeit keine weiteren Großprojekte durchführbar sind. Also kein Kreisverkehr an der Kreuzung ins Industriegebiet (auch wenn besonders wir von der FWV das gerne hätten) oder keine Verbindungsstrasse ins Gewerbegebiet Sol oder kein Turnerheim-Ersatz oder oder oder.

Zu beachten ist, auch wenn mittlerweile in fast völlige Vergessenheit geraten, dass die Zufahrtsproblematik für das WeilerSportCentrum auch weiterhin völlig außer Betracht bleibt. Der Gemeinderat will ganz offensichtlich die Anbindung über die bestehende Zufahrt über die Rötebrücke. Zu Lasten der Anwohner! Vermutlich unterhalten wir uns in ein paar Jahren dann darüber wie wir mit dem angerichteten Schaden umgehen. Ein schlechter Trost. Allerdings muss man auch hier sagen: Derzeit finanziell nicht machbar !

Aufgrund der im letzten Jahr an die Kosten angepassten Wasser-, Abwasser- und Kanalgebühren arbeiten diese 3 Bereiche mittlerweile kostendeckend und von dieser Seite drohen daher derzeit keine Überraschungen.

Die Eckzahlen des Haushalts wurden von den Vorrednern schon erwähnt, auf eine Wiederholung soll daher hier, wie in den Vorjahren auch, verzichtet werden. Exemplarisch hier nur die Situation bei der Pro-Kopf-Verschuldung die im Vermögenshaushalt ca.539 Euro je Einwohner aufweisen wird. Dies ist gegenüber dem Höchststand von ca. 711 Euro in 1994 zwar immer noch eine deutliche Verbesserung allerdings dürfen wir dabei nicht vergessen, dass unsere Anteile an den Verbindlichkeiten in den verschiedenen Zweckverbänden und Eigenbetrieben hier noch hinzu kommen. Mit diesen Verbindlichkeiten beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung dann ca. 905 Euro.

Allerdings ist in dem vorliegenden Haushaltsplan folgendes nicht enthalten:

- es gibt eine realistische Chance auf die Anrechenbarkeit der Vorsteuer bei der neuen Sporthalle. Mögliche Mehrreinnahme ca. 700.000 Euro.
- Es gibt eine realistische Reserve bei der Gewerbesteuer von ca. 200.000 Euro aufgrund der sich verbessernden konjunkturellen Lage und der Einnahmeverbesserungen im Sol. Wenn der Bund die Bemessungsgrundlage auf Freiberufler etc. ausdehnt sogar noch mehr.
- Bei optimaler Organisation kann vielleicht auf die Schaffung einer weiteren Hausmeisterstelle für die neue Sporthalle verzichtet werden (weitere 30.000 Euro)
- Wenn wir die Beschlusslage über die innerörtliche Versorgung ändern und es Discountern oder Lebensmittelmärkten erlauben würden z.B. auf dem Gemeindegrundstück neben dem Aldi einen Markt zu errichten, würde dies sehr wahrscheinlich innerhalb weniger Monate ca. 1.200.000 Euro in die Gemeindekassen spülen.
- Wenn wir es schaffen das ehemalige Bauhofgelände und die noch verbleibenden gemeindlichen Baugrundstücke zu verkaufen sind da sicherlich nochmals 1.000.000 Euro an Mehreinnahmen drin.

Zusammengezählt ergibt das für 2004 eine mögliche Haushaltsverbesserung von ca. 3.100.000 Euro. Selbst wenn nur eine der größeren Möglichkeiten

Realität wird und wir daraus nur 1.000.000 Euro zusammenbekommen heißt das trotz allem für unseren Haushalt – wo liegt das Problem ? Wir haben dann zwar einen Haushaltsplan der nicht so gut aussieht, weil wir die obigen Punkte nicht drin haben aber eine reelle Chance auf einen tolles Ergebnis in 2004.

Um ein wenig Planungsreserve für die Zukunft zu ermöglichen beantragen wir wie folgt:

- Veränderung des Beschlusses über die Gewährleistung der innerörtlichen Versorgung. Heben wir die Beschränkung auf, dass Lebensmittelmärkte und Discounter nur noch innerorts neu bauen dürfen und geben uns die realistische Chance auf 1.200.000 Euro an Mehreinnahmen.
- Antrag auf Verschiebung des Investitionsprogramms wie folgt:
 - a) Dachumdeckung, Putz- und Fenstersanierung in der Weiler Schule um jeweils ein Jahr nach hinten geschoben bringt von 2006 in 2007 135.000 Euro und von 2007 in 2008 165.000 Euro.
 - b) Alle geplanten Straßenbauprojekte (z.B. Seestrasse, Bäumlesweg, Eberhardstraße, In der Röte) um ein weiteres Jahr nach hinten zu verschieben (von 2005 in 2006 570.000 Euro und von 2006 in 2007 40.000 Euro und von 2007 in 2008 nochmals 40.000 Euro).
- Abschaffung der gemeindlichen Zuschussprogramme für Solaranlagen, Zisternen etc. Aus Gründen der Planungssicherheit für die Bürger aber erst zum 30.06.2004. Wir glauben nicht, dass Bauherren bei Ihrer Investitionsentscheidung nur auf den gemeindlichen Zuschuss schauen. Wer etwas für die Umwelt tun will der tut es auch ohne den Gemeindegzuschuss. Und die Gemeinde selber braucht sich bzgl. Ihres eigenen Ökobewusstseins wahrlich auch ohne diese Förderung nicht zu verstecken. Als Beispiele seien die land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten, die Dachbegrünungen und die geplante Photovoltaik Anlage auf der Sporthalle oder die Solaranlage beim Rathaus genannt.
- die Mittel für die von der evangelischen Kirche geplante Kirchturmsanierung frühestens 2005 freizugeben.

Insgesamt glauben wir mit einem so angepassten Haushaltsplan leben zu können. Und das obwohl die Kreisumlage steigt und die Gelder von Bund und Land deutlich gekürzt werden könnten und wir als Gemeinde dafür nun wirklich nichts können.

Im negativsten Fall haben wir wenige Jahre die Forderung nach einer Mindestzuführungsrate nicht erfüllt, fallen dann 2005 oder 2006 wieder relativ automatisch auf vernünftige Haushalte zurück und können dann die Verschuldung wieder ohne weitere Maßnahmen reduzieren. In allen anderen Fällen und mit ein bisschen Glück bei den oben genannten Anträgen und Projekten bekommen wir auch 2004 und 2005 kein Haushaltsproblem.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

HAUSHALTSREDE GEMEINDERAT MARCUS SCHLÜTER FÜR DIE SPD-FRAKTION

Nun haben wir ihn also wieder vorliegen. Den Haushaltsplan von 2004. Ein schwer verdaulicher Brocken, der aber, wie wir meinen, durchaus Sinn macht.

Worin besteht die Ausgangssituation?

Wesentliches Manko ist, dass die Zuführungsrate nicht vorhanden ist. Jedem Haushälter muss dies eigentlich den Schweiß auf die Stirn treiben.

Woher rühren die deutlichen Mehrbelastungen?

Sicherlich haben wir kräftig zugelangt, was den **investiven** Bereich angeht. Was steht aber auf der Haben - Seite?

Unsere Schulden resultieren keineswegs aus **konsumptiven** Ausgaben, etwa der künstlichen Aufblähung des Personaletats. Hier verhalten sich der GR und auch die Verwaltung sehr verantwortungsvoll.

Die Schulden rühren her von **Investitionen**. Diese haben wir alle gewollt, übrigens auch die Öffentlichkeit. Diese Investitionen dienen der Schaffung von **dauerhaften Werten** in der Zukunft. Spätere Generationen werden noch von unserer Entscheidung profitieren. Insofern ist es durchaus akzeptabel, dass auch diese Generationen sich an der Finanzierung beteiligen.

Was wäre denn gewesen, wenn wir diese Investitionsentscheidung nicht getroffen, sie ängstlich in die Zukunft verschoben hätten?

Der gefräßige Moloch Landkreis und Regionalverband hätte unser Geld geschluckt.

Wir stünden im Augenblick ohne Schulden da, aber wir hätten nichts!

Insofern haben wir eine **weise Entscheidung** getroffen, wenn sie auch zur augenblicklichen erhöhten Verschuldung führt.

Nun wird von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben, weitere **Sparpotenziale** oder gar neue Geldquellen zu erschließen.

Schauen wir uns diese Vorschläge gründlich an.

Irgendwann ist ein Punkt erreicht, wo das Sparen fragwürdig wird.

Sparforderungen an die Verwaltung: dies führt irgendwann zu sehr schmerzhaften Einschnitten im Service für unsere Bürger. Diesen Service zu leisten ist doch aber Aufgabe für die Verwaltung. Übrigens: eine gut **funktionierende Verwaltung** ist ein nicht zu vernachlässigender **Standortvorteil** für eine Gemeinde.

Teilweise oder gar generelle Schließung des Hallenbades. Wo soll da eingespart werden? Sollen wir das Personal erschlagen, soll im heruntergekühlten Wasser geschwommen werden?

Ist unser Hallenbad nicht einer der wichtigen Imageträger unserer Gemeinde? Dient es nicht der Lebensqualität unserer Bewohner? Auch das Hallenbad ist ein Standortvorteil unserer Gemeinde.

Im Haushaltsplan eingearbeitet sind bereits deutliche Einschnitte im Bereich der **Freiwilligkeitsleistungen**.

Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, wie problematisch permanente Sparappelle häufig sind.

Streichen wir alle Freiwilligkeitsleistungen, was wäre denn für diesen Haushaltsplan gewonnen? Der verfügbare Betrag wäre ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir alle und auch die Verwaltung tragen eine **Verantwortung** gegenüber unseren Bürgern und der sollten wir – bei aller Sparnotwendigkeit – gerecht werden.

Wir reduzieren die Straßenbeleuchtung – ein mögliches Gefahrenpotenzial?

Im gleichen Zusammenhang stellt sich die Frage, ob denn nicht auch die Feuerwehr in ein Sparkonzept eingebunden werden könnte und sollte. Resultiert daraus eine mögliche Gefahr für den Bürger?

Eine weitere Überlegung drängt sich auf. Sollen wir weg von der **Dezentralisierung**? Sollen wir die gemeindlichen Aufgaben wieder in Gänze im Zentrum des Ortes bündeln? Erschwernisse für den Bürger?

Es lohnte sich sicherlich, diese Diskussion einmal in aller Ruhe zu führen.

Sind andere Verbesserungen denkbar?

Diskutiert wird eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Eine Überprüfung der Mehreinnahmen zeigt, dass auch hier keinerlei entscheidender Durchbruch erreichbar wäre. Also sollte man es – gerade im Hinblick auf eine verhalten einsetzende bessere Konjunktur – tunlichst unterlassen.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück.

Da liegt ein Haushaltsplan, der nicht den gesetzlichen Anforderungen genügt.

Wir meinen trotzdem, dass er in dieser Form verabschiedet werden sollte. Es ist genug gestrichen und erhöht worden.

Wie aber wird sich der Landkreis verhalten?

Mit welcher Begründung könnte der Landkreis diesen Haushaltsplan ablehnen?

Geht er eigentlich mit gutem Beispiel voran?

Da wird von der Landesregierung eine gründliche Verwaltungsreform gefordert. Der Staat soll schlanker werden, Gelder sollen eingespart werden. Was macht der Landkreis? Er schafft 250 neue Stellen, dazu ein neues Verwaltungsgebäude. Kostet das nichts? Und wer wird dann nächstens wieder zur Kasse gebeten? Wir schaffen wenigstens Schulen und Sporthallen mit unseren Ausgaben!

Was will nun die SPD?

- wir wollen den Bau einer Verbindungsstraße Lachental – Sol, wenn sie von den betreffenden und interessierten Firmen finanziert wird. Ihnen als Investoren soll dann das Recht gegeben werden, eine Benutzungsgebühr zu verlangen.
- Wir stellen den **Antrag**, die Kostenbeteiligung Kirchturm für 2004 auszusetzen und ab 2005 in zwei Raten aufzuteilen.
- Wir begrüßen, dass der Anfang gemacht wurde für eine Ganztagesbetreuung im Kindergarten. Gerade in diesem Zusammenhang könnte ein entscheidender Durchbruch im generativen Verhalten der jungen Generation erreicht werden. Wir wünschen uns, dass dies möglichst schnell auch auf unsere Schulkinder ausgeweitet wird.
- Wir wünschen, dass die Diskussion über die Erschließung neuer Baugebiete fortgesetzt wird und endlich die Arbeitsergebnisse der Klausur in Bad Teinach umgesetzt werden, nämlich Weil im zentralen Bereich intensiver zu verdichten.
- Wir wollen nicht, dass panikartige Grundstücksverkäufe dazu führen, dass wir sehenden Auges unserem innerörtlichen Handel den Todesstoß versetzen.
- Wir stellen den **Antrag**, dass wir als die Gestalter der Zukunft unseres Gemeinwesens der Bürgerschaft signalisieren, jawohl auch wir leisten unseren Sparbeitrag. Deshalb schlagen wir vor, dass Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Ortsvorsteher im Jahr 2004 auf 10% ihrer Aufwandsentschädigung verzichten. Sicherlich nur ein bescheidener Beitrag, aber ein Beweis unserer Solidarität.

Lassen Sie mich mit einer nachdenklichen Bemerkung schließen.

Wir von der SPD-Fraktion vertreten immer noch die antizyklische Wirtschaftspolitik von John Maynard Keynes.

Und dahin passt auch dieser Haushaltsplan.

Übrigens, eine Bemerkung am Rande:

Die Verschuldung im Bund stieg seit dem Jahr 1963 kontinuierlich an. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur und einer Wirtschaftswachstumsrate von 4 % erfolgte kein Abbau der Schulden. Was übrigens für alle Parteien gilt.

Deshalb auch in diesem Jahr wieder unser Appell an Sie alle und ins Protokoll:

Sobald die Steuereinnahmen wieder etwas besser aussehen, sollten wir uns sofort ohne Wenn und Aber an die Schuldentilgung machen. Alles andere wäre absurd und kontraproduktiv.

Unter dem Aspekt zukünftigen haushälterischen Verhaltens können wir ohne Einschränkung diesem Haushalt für 2004 zustimmen.

HAUSHALTSREDE GEMEINDERAT ERICH HAHN **(FRAKTIONSLOS)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brand,
sehr geehrte Damen und Herren,

schon im letzten Jahr hat es sich abgezeichnet, dass wir mit der Finanzierung der zukünftigen Haushalte immer mehr Schwierigkeiten bekommen werden.

Dies liegt hauptsächlich daran, dass unsere Wirtschaft stagniert, und die Einnahmen aus dem Finanzausgleich um ca. 500.000,-- EUR zurückgehen. Die Kreisumlage, die wir bezahlen müssen, wird auch um ca. 500.000,-- EUR erhöht, dies ist eine Erhöhung um 21,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Umlage an den Verband Region Stuttgart steigt voraussichtlich von 34.000,-- EUR auf 61.000,-- EUR.

Das kann so nicht weitergehen.

Solange unsere Rot-Grüne Regierung ihre Chaospolitik nicht in den Griff bekommt, wird sich aber daran nichts ändern.

Solange es Länder gibt, die das Einsparen nicht sehr ernst nehmen, denn sie bekommen ja durch den Länderfinanzausgleich genügend von den reicheren Ländern ab, wird sich hier nicht viel ändern. Es ist doch viel einfacher, die anfallenden Kosten von oben nach unten weiterzureichen, als sich selbst Gedanken zu machen, wo man einsparen könnte.

Die Verkehrsumlage des Verbands Region Stuttgart steigt bis 2014 von 50 auf 75 Millionen Euro. Damit soll der ehrgeizige Ausbau des S-Bahn-Netzes in der Region Stuttgart und die damit verbundene Erneuerung des Wagenparks durch 25 neue S-Bahn-Züge finanziert werden. Ebenfalls beteiligt sich der Verband freiwillig an 1 Million Defizit für die Olympia-Bewerbung der Stadt Stuttgart. Das Geld dafür holt man sich durch die Umlage bei den Städten und Gemeinden, die sich nicht groß dagegen wehren können. Investitionen im öffentlichen Nahverkehr sind notwendig, aber alles zu seiner Zeit und nicht alles auf einmal. Normalerweise heißt es: Wer bestellt bezahlt. Hier heißt es: Wir bestellen, und ihr müsst bezahlen.

Und woher sollen sich die Städte und Gemeinden das Geld holen?

Immer wieder hört man, die sollen halt mehr sparen. Nur wo sollen wir sparen?

Die Freiwilligkeitsleistungen haben wir schon gekürzt. Bei Wasser und Abwasser konnte nach vielen Jahren des Verlustes jetzt Kostendeckung erreicht werden.

Wo können wir weiter sparen? Kindergarten, Schule, Sportstätten, Hallenbad?

Sofort hört man von den Betroffenen: Ihr sollt ja sparen; aber doch nicht bei uns!

Bei der Straßen- und Gebäudeunterhaltung kann man für kurze Zeit etwas kürzertreten, aber kleinere Schäden können mit der Zeit zu sehr großen Schäden führen.

Daher können unsere Ausgaben nicht unendlich reduziert werden.

Aber beim Haushalt 2004 sind es nicht die eigenen Kosten, die sprunghaft ansteigen, sondern die fehlende 1 Mio Euro aus Finanzausgleich und Kreisumlage, die wir als Gemeinde nicht beeinflussen können.

Selbst wenn wir durch weitere Reduzierungen noch einiges einsparen, ist es uns nicht möglich den Fehlbetrag in diesem Jahr auszugleichen.

Aus diesem Grund bleibt uns in diesem Jahr nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen, und die fehlenden 750.000,-- Euro mit Kredit zu finanzieren.

Bei den Eigenbetrieben sollten wir die Auswirkungen der Gebührenerhöhungen im laufenden Jahr beobachten, ob die geplante Kostendeckung auch Eintritt.

Angesichts dieser schlechten Haushaltslage sollten wir aber nicht gleich in Panik verfallen, sondern erst einmal die weitere Entwicklung abwarten.

Aber trotzdem muss auch im Jahr 2004 unser Motto heißen: Kosten reduzieren wo immer es nur geht.

Dieser Haushalt ist vom Rotstift geprägt. Da sich wahrscheinlich auch in Zukunft nicht viel ändern wird, möchte ich Ihnen, Herr Brand, hiermit einen neuen Rotstift überreichen. Denn nur mit eisernem Sparwillen wird es uns möglich sein, unsere Pflichtaufgaben als Gemeinde in den nächsten Jahren zu erfüllen.

Für die Zukunft bleibt uns nur die Hoffnung, dass sich die Stimmung bei der Wirtschaft und den privaten Verbrauchern zum Guten wendet. Nur wenn wir alle wieder bessere Zeichen sehen, und wir den Mut zu Investitionen aufbringen, geht es mit unserer Wirtschaft wieder bergauf und dann sind auch wieder steigende Einnahmen für die Kommunen zu erwarten.